

## VII. Den Kampf um Veränderung gemeinsam führen.

Der Bremer Erwerbslosenverband versteht sich als Teil einer außerparlamentarischen Bewegung, die für die Umgestaltung dieser Gesellschaft kämpft. Deshalb werden wir uns gemeinsam mit anderen an Kampagnen und politische Protesten beteiligen, die darauf hinzielen Veränderungen durchzusetzen. Der Bremer Erwerbslosenverband wird mit seinen Bildungs- und Öffentlichkeitsaktivitäten für die radikale Veränderung der Gesellschaft werben.

Bremen, im November 2009

### Der Bremer Erwerbslosenverband:

Der BEV versteht sich als selbstorganisiertes, politisches Projekt zur Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse. Niedriglohn und HartzIV waren und sind politische Projekte des Staates zur Steigerung der Profitabilität des Standorts Deutschland. Die Menschen die mittels gesetzgeberischer Gewalt in die Armut verwiesen werden, können nicht durch karitative Betreuung und der Behebung vermeintlicher individueller Defizite aus dieser Situation herausgeholt werden. Die kapitalistischen Marktbedingungen selbst sind es, die immer wieder aufs Neue Erwerbslosigkeit hervorbringen und unter den Bedingungen globaler Konkurrenz danach trachten die Einkommensbedingungen der Lohnabhängigen zu verschlechtern.

Der Bremer Erwerbslosenverband (BEV) wurde 2008 in Bremen gegründet und unterhält zwei Beratungsstellen mit dem Schwerpunkt „Hartz IV Beratung“: Eine in Bremen Nord (Tel: 6960808), die andere in der Bremer Neustadt (Tel.: 98659972). Dem BEV gehören mehr als 250 Mitglieder an.

Der BEV legt zum langfristigen Erhalt seiner politischen Handlungsfähigkeit großen Wert auf die Vermeidung von finanziellen Abhängigkeiten, insbesondere vom Staat. Wir verzichten in diesem Sinne auf jegliche staatliche Förderung, denn diese ist immer darauf angelegt, mittels längerfristiger Finanzierung eine Unterordnung unter dessen politische Intentionen (z.B. Arbeitszwang in Ein-Euro-Jobs, verbesserte Profitbedingungen durch Niedriglohn etc) herbeizuführen und allenfalls eine Systemstützende „Betreuung“ zuzulassen.



# Selbstverständnis / Grundlagen des Bremer Erwerbslosenverbandes



[www.bev-bremen.de](http://www.bev-bremen.de)  
[mail@bev-bremen.de](mailto:mail@bev-bremen.de)

**bev**  
BREMER ERWERBSLOSENVERBAND

[www.bev-bremen.de](http://www.bev-bremen.de)

*Armut bei Bezug von Sozialleistungen und Arbeit im Niedriglohn schreiten zu immer schneller steigenden Rekorden. Gleichzeitig wird der angehäuften Reichtum immer größer und konzentriert sich in den Händen von immer weniger Menschen. Mit der aufziehenden Krise vertiefen sich die Verteilungsverhältnisse noch schneller. Die gigantischen Konjunktur- und Bankenstützungsprogramme werden absehbar auf Lohnabhängige und EmpfängerInnen von Sozialleistungen abgewälzt.*

*Scheinbar ist die Gesellschaft in der wir leben, - so wie aus den Mündern der Politik verkündet- die beste überhaupt: niemals in der Geschichte zuvor sind so viele Reichtümer angehäuften worden, haben so viele Menschen solch einen hohen Lebensstandard gehabt. Doch gilt dies alles nur für bestimmte Regionen der Welt und im zunehmenden Maße auch nicht mehr für diese. Die Zahl der weltweit Hungernden hat die Milliardengrenze überschritten, 1,5 Milliarden Menschen leben in Slums, mehr als eine Milliarde Menschen haben keinen Zugang zu sauberem Wasser. Auch in diesem Land geht es immer mehr Menschen schlechter, wird Armut von einer Randerscheinung zu einem Problem für einen immer größeren Teil der Gesellschaft. Die Vorstellungen über die Ursachen reichen vom Versagen und der Faulheit Einzelner bis zu Vorstellungen von Wirtschaft und Gesellschaft, die mit der vom Wetter vergleichbar sind: irgendwie ist alles nicht ganz erklärbar und beeinflussen lässt es sich sowieso nicht.*

### **I. Alternativen sind möglich**

Dabei ist die Ursache dafür warum es immer mehr Menschen schlechter geht weder der Zufall, ein Unfall oder gar das Ergebnis einer Art Verschwörung, sondern liegt in der Art und Weise begründet wie unsere Gesellschaft und unsere Wirtschaft verfasst sind. Weder die besondere Faulheit noch die besondere Gier Einzelner oder Vieler ist die Ursache hierfür, sondern bereits die Marktwirtschaft selber. Denn nicht um die Befriedigung der Bedürfnisse der Menschen, das Schaffen von Lebensmitteln, Wohnungen oder Kleidung geht es in der Marktwirtschaft, sondern um den maximalen Gewinn.

Weil aber das Streben nach Gewinn und vernichtende Konkurrenz die maßgeblichen Grundpfeiler der Marktwirtschaft bilden, und der Wettbewerb um die höchsten Gewinne und die niedrigsten Kosten inzwischen weltweit ausgetragen wird, kann es keinen dauerhaft gesicherten Lebensstandard für die große Mehrheit der Bevölkerung geben,

vorgegebenen Aufgabenstellungen orientieren müssen.

Wenn Erwerbslose, NiedriglöhnerInnen und Menschen im Bezug anderer Sozialleistungen mit ihren Interessen nicht mehr Grundlage der Finanzierung sind, setzt sich die Abhängigkeit von staatlichen Mitteln und damit die Notwendigkeit zur Anpassung durch.

Der Bremer Erwerbslosenverband wird deshalb auf jegliche Finanzierung verzichten, die in finanzielle und politische Abhängigkeit führen, auch wenn dies bei uns selbst zu prekären, armutsnahen Beschäftigungsverhältnissen führt.

### **VI. Unsere Ziele und Forderungen**

In den heutigen Auseinandersetzungen geht es uns darum, einerseits für diese gesellschaftliche Vision eines Lebens ohne Ausbeutung, Armut und Unterdrückung zu streiten und andererseits gleichzeitig heute für die Veränderung der jetzigen demütigenden Verhältnisse zu kämpfen.

Nicht Gleichmacherei in Armut streben wir an, sondern Vielfalt und Wohlstand für Alle. Nicht der gesellschaftliche Arbeitszwang ist unser Ziel, sondern die Abschaffung von Arbeit und Kapital als gesellschaftliches Verhältnis und die vernünftige Aufteilung der gesellschaftlich notwendigen Arbeit. Wir fordern die Abschaffung der Hartz Gesetze und die Einführung einer Grundsicherung oberhalb der offiziellen Armutsgrenze. Diese Grundsicherung darf nicht an den Zwang zur Arbeit gekoppelt sein. Sondergesetze wie das Asylbewerberleistungsgesetz sind abzuschaffen. Notwendig ist die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns von aktuell mindestens 10 Euro pro Stunde, der ein Leben ohne Armut ermöglicht.

Darüber hinaus sind Verhältnisse zu schaffen, die allen Menschen den diskriminierungsfreien Zugang zu Bildung und Kultur ermöglichen. Das dreigliedrige Schulsystem und das Privatschulwesen gehören abgeschafft. Kostenlose Bildungsangebote können Allen den gleichen Zugang sicherstellen.

#### **IV Widerstand und Rechtsdurchsetzung**

Veränderung der heutigen Verhältnisse setzen Organisierung und Durchsetzung von Verbesserungen im Alltag voraus. Ein Werkzeug für die Verbesserung der Lebensbedingungen ist für uns die Durchführung einer sachkundigen Sozialberatung mit der Zielstellung die gesetzwidrigen Diskriminierungen Einzelner zu verhindern und individuelle Rechtsansprüche durchzusetzen.

Wir wissen jedoch – auch aus den Erfahrungen der Kampagne um die Anhebung der Miet- und Heizkostenobergrenzen in Bremen im Jahre 2007 – dass Gesetze und Verwaltungsanweisungen nicht über Widersprüche und Klagen, sondern nur über den Weg der Aktivitäten von Menschen verändert werden können. Beratung und juristische Auseinandersetzung bleiben immer im Rahmen der bestehenden diskriminierenden Gesetze.

Beratung allein bewirkt keine Veränderung – sie kann jedoch Basis für die Organisierung und den Zusammenschluss von Menschen sein. In diesem Sinne ist Beratung kein Selbstzweck, sondern Teil unserer Bemühungen, Selbsthilfe und organisierten Widerstand zu fördern.

Der Bremer Erwerbslosenverband wird daher der Bildung von Basisgruppen, Selbsthilfeaktivitäten und Widerstandsstrukturen besondere Priorität einräumen.

#### **V. Unabhängigkeit erhalten ist Voraussetzung für Widerstandsfähigkeit**

Aus unseren Erfahrungen seit den achtziger Jahren und den geschichtlichen Erkenntnissen der sozialen Bewegungen in Deutschland wissen wir, dass zahlreiche Initiativen und Vereine mit systemveränderndem Selbstverständnis in ihrer Gründungsphase im Laufe ihrer Entwicklung zu reinen Dienstleistungsangeboten geworden sind. Einige sind heute Teil des Diskriminierungs- und Selektionsapparats des Staates. Dazu gehören auch Beschäftigungsträger, die Arbeitzwang für „Ein-Euro-Jobber“ im Auftrag der Arbeitsagenturen organisieren. Andere betreiben Beratung und soziale Dienstleistungen als bloßes Geschäft zur materiellen Selbstversorgung.

Ein wesentlicher Grund für diese Entwicklung war und ist die finanzielle Abhängigkeit von staatlichen Zuwendungen und den darin enthaltenen Bedingungen im Sinne der Diskriminierungsgesetze. Dieser oftmals schleichende Prozess beginnt in den Köpfen der Aktivisten, die sich bei der Beschaffung und Wiedererlangung staatlicher Zuschüsse zwangsläufig an den

Der Reichtum der Einen führt zur Verarmung der Anderen. Krisen sind in dieser Gesellschaftsform unvermeidlich. Zudem führt der Kampf um Märkte, Rohstoffe und billige Arbeitskraft zu einer Militarisierung bei der dieser Konkurrenzkampf mit militärischen Mitteln ausgetragen wird. Kriege sind Folge der marktwirtschaftlichen Konkurrenz.

Die Marktwirtschaft selber also ist, obwohl sie enorme Reichtümer produziert, bereits ein gigantisches Armutsprogramm. Lohnarbeit wird nur organisiert, wenn den Unternehmen ein Profit aus der Arbeit der Beschäftigten erwächst. Die Beseitigung der Armut kann also nicht mit der Marktwirtschaft, sondern nur gegen sie und durch ihre Überwindung erfolgreich sein.

#### **II. Staat und Regierung**

In unserem Kampf gegen die gesellschaftlich verursachte Armut kann der Staat niemals unser Ziel von Appellen sein oder gar Ort der Beseitigung – im Gegenteil.

Der Staat ist nicht einfach nur eine zufällige Einrichtung von mehr oder weniger begabten Verwaltungsangestellten und einer Regierung, sein Zweck und Charakter sind nicht von den Herrschaftsverhältnissen in dieser Gesellschaft zu trennen. Genauso wie es kein Zufall oder Unfall ist, dass diese Gesellschaft immer wieder auf Neue Armut schafft, ist auch ihr Staat auf die Ziele der Herrschenden in dieser Gesellschaft ausgerichtet. Nicht die Verwaltung der gesellschaftlichen Reichtümer mit Ziel der Befriedigung der Bedürfnisse Aller ist der Zweck des Staates, sondern die Stärkung des nationalen Standorts im Interesse der Verbesserung der Konkurrenzbedingungen der Kapitaleigner. Dabei kommen hierbei die Menschen nur so weit vor, wie sie für diesen nützlich und verwertbar sind. Die „Reformen“ wie die Agenda 2010 oder die Hartz Gesetze und die Entscheidung über die Höhe der durch die Hartz IV Gesetzgebung zugebilligten Leistungen sind nicht unbedingt Ergebnis besonders bössartiger BeamtenInnen und PolitikerInnen. Sie dienen nur dem Zweck, die auf Leistungen des Staates Angewiesenen in einen Zustand versetzen und halten, der die Wettbewerbsfähigkeit des eigenen Wirtschaftsstandortes, bei gleichzeitig möglichst geringen Ausgaben, fördert. So ist es kein Zufall, dass z. B. die große Steuerreform von 2000, die Agenda 2010 oder die Rente mit 67 vor allem gesellschaftliche Umverteilungsprogramme von „unten“ nach „oben“ sind und die faktische Entrechtung großer Teile der Gesellschaft zur Folge haben.



Durch Steuererleichterungen für Unternehmen in Milliardenhöhe, der Senkung der Renten, Kürzung in der Arbeitslosenversicherung und der Abschaffung der Arbeitslosenhilfe sowie den Zuzahlungen im Gesundheitswesen, wurden so die Bedingungen für die Erhöhung der Gewinne weiter verbessert.

Mit der Einführung von Hartz IV, die die Abschaffung der Arbeitslosenhilfe beinhaltet, wurde das bisher brutalste Gesetz zur Entrechtung, Verarmung und Disziplinierung von Erwerbslosen geschaffen. Die Abschaffung jeglicher Zumutbarkeitsregelung erhöht den Druck in den Niedriglohn um ein Vielfaches. Der Niedriglohnsektor ist sprunghaft angestiegen. Dies führt zum Zwang zur Annahme von Tätigkeiten deren Lohn unterhalb des Existenzminimums liegt.

Einher geht dies mit Hetze gegen all diejenigen, die den Anforderungen des Marktes und des Standortes nicht entsprechen. Die Schuldzuweisung an die angeblich „Faulen“, die für ihre Armut selbst verantwortlich seien, treibt sie nach dem finanziellen auch ins psychische Elend, während es alle anderen, die noch einen Job haben, unter Druck setzt und so immer niedrigere Löhne erzwingt.

Mit Hilfe der „Arbeitslosenbetreuungsindustrie“ (Beschäftigungsträger) werden Erwerbslose insbesondere durch „Ein-Euro-Jobs“ für den Niedriglohnsektor getrimmt. Neuere sozialversicherungspflichtige Maßnahmen erwecken den Anschein einer normalen Beschäftigung, führen jedoch nicht zu einem Entrinnen aus Armut und Bevormundung.

Junge Menschen unter 25 Jahren sind durch besondere Sanktionsmaßnahmen extrem drastischen Kürzungen ausgesetzt. Ihnen soll nach dem Willen der Hartz Gesetze und der durchführenden Ämter und Träger so von Anfang an Anpassung und Gewöhnung an Niedriglohn und gesellschaftliche Hilflosigkeit beigebracht werden.

Frauen sind dabei von diesen Verhältnissen noch einmal gesondert betroffen. Auf sie schlägt die patriarchale Form der marktwirtschaftlichen Gesellschaft noch einmal verstärkt durch: in Arbeitsverhältnissen immer noch zu ungleichem Lohn beschäftigt. Durch die Einführung von Bedarfsgemeinschaften wird das „Ernährerprinzip“ durchgesetzt. Viele Frauen erhalten dadurch geringere oder gar keine Leistungen wodurch sie keine Ansprüche auf Qualifizierung erhalten.

In besonderer Weise sind Flüchtlinge und MigrantInnen von Entrechtung und Disziplinierung betroffen: Flüchtlinge durch die Sonderbehandlung des Asylbewerberleistungsgesetzes mit gekürzten Leistungen. MigrantInnen werden in dieser Gesellschaft von Schule über Ausbildung und Arbeit diskriminiert. Ihr Anteil an den Erwerbslosen und Armen ist überproportional. Oft nehmen MigrantInnen lieber schlecht bezahlte Arbeit an, als ihren Aufenthalt zu gefährden. Papierlose, Flüchtlinge und MigrantInnen werden damit ohne rechtliche Absicherung in Niedriglohnjobs gepresst.

Eine Zuspitzung dieser Verhältnisse erleben wir zurzeit in der Finanz- und Wirtschaftskrise. Als erstes trifft die Krise die ohnehin ungesichert lebenden und arbeitenden Menschen, z.B. LeiharbeiterInnen, die in der Industrie innerhalb Wochen massenhaft ihre Arbeitsplätze verlieren. Einen „Schutzschirm“ für Menschen in Niedriglohn-Jobs, Erwerbslose, Kranke und RentnerInnen spannt die Regierung aber nicht auf.

Dies alles zeigt, der Kampf gegen die konkreten Auswirkungen der gesellschaftlich verursachten Armut kann nur gegen den Staat und die Gesellschaftsordnung erfolgen. In diesem Kampf aber dürfen wir uns nicht spalten lassen, weder in „Faule“ und „Fleißige“, noch in Erwerbslose und Arbeitende, noch in Deutsche und Migranten. Die Armut ist im Interesse des Kapitals gesellschaftlich verursacht und gewollt, der Staat ist Sachwalter und Ausführungsorgan.

### III. Die Gesellschaft ist veränderbar

Gesellschaftliche Verhältnisse, die Armut und Ausgrenzung erzeugen, sind von Menschen geschaffen worden und können von Menschen auch wieder abgeschafft werden. Dies setzt voraus, dass die NutznießerInnen dieser Verhältnisse der privaten Aneignung des durch Arbeit erzeugten Reichtums, von der Entscheidungsgewalt über die Fortsetzung dieser Ausbeutungsverhältnisse verdrängt werden. Hierzu ist eine Umwälzung der bestehenden Wirtschaftsordnung notwendig – die einzig durch die Gewinnung der Mehrheit der Menschen erreicht werden kann.

Unser Streiten gegen Armut ist deshalb niemals zu trennen von unserem Eintreten für eine gesamtgesellschaftliche Veränderung. Der Kampf gegen Armut ist der Kampf gegen seine Ursache: die kapitalistische Marktwirtschaft als Ganzes.